

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freilag. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Adolf Domick, Berlin N24, Elsaferstr. 86-88^{III}.
Verlag: Otto Siller, Berlin N 24
Telephon: Amt Norden, 4268. Druck und Expedition Conrad Müller, Scheideitzi, Augustastraße 8-9 — Redaktionsschluss: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Das graphische Gewerbe Deutschlands im Jahre 1914. Rundschau. Für die Familien der Kriegsteilnehmer. Einschränkung der Lohnbeschlagnahme. — **Allgemeines:** Ortsberichte: Leipzig, Saalfeld a. S. — **Feuilleton:** Vom Büchertisch. Adressen-Änderungen. Kriegspopler. Anzeigen. Kassenbericht für das IV. Quartal 1914.

Das graphische Gewerbe Deutschlands im Jahre 1914.

Vom Kaiserlichen Statistischen Amt werden von allen Berufsverbänden allmonatlich Berichte über die Arbeitslosigkeit und die hierfür ausgezahlten Unterstützungen, sowie über sonstige Verhältnisse eingefordert. Diese Berichte werden amtlicherseits verarbeitet und im »Reichsarbeitsblatt« veröffentlicht. In den nachfolgenden Ziffern sind die Resultate von folgenden Verbänden des graphischen Gewerbes zusammengestellt: Deutscher Buchdruckerverband, Gutenbergbund (christliche Buchdrucker), Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, Deutscher Buchbinderverband, Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen, Notenstecher-Gehilfenverband, Deutscher Xylographenverband und Zentralverband christlicher Arbeiter und Arbeiterinnen in den graphischen Gewerben.

Die Zusammenstellungen zeigen die verheerenden Wirkungen, die der Krieg den graphischen Gewerkschaften Deutschlands gebracht hat. Von allen Gewerben dürften die graphischen Gewerbe am meisten betroffen sein, weil sie zum großen Teil Ausfuhrgewerbe sind. Die Arbeitslosigkeit stieg in den ersten Kriegswochen ins ungeheuerliche, ließ aber mit der Zeit nach, so daß am Schlusse des Jahres 1914 ein bedeutender Rückgang der arbeitslosen Mitglieder zu verzeichnen war, der jedoch in erster Linie durch eine vermehrte Heranziehung zum Militärdienst verursacht ist. Andererseits verrichten sehr viele Mitglieder jetzt andere Arbeiten, sie sind in Gewerbfabriken oder in sonstigen Fabriken für Kriegszwecke etc. beschäftigt; das Gewerbe selbst liegt im allgemeinen immer noch sehr darnieder. — Wie sehr die graphischen Verbände durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen sind, lassen folgende Zahlen erkennen: Am Schlusse des Jahres 1913 hatten die obengenannten Verbände zusammen: 142796 Mitglieder; am Schlusse des Jahres 1914 betrug die Mitgliederzahl jedoch nur noch 98762; und diese ist bis heute noch weiter bedeutend gesunken, denn die Mitgliederzahl befindet sich im ständigen Sinken, weil täglich weitere Mitglieder zum Kriegsdienst eingezogen werden. Trotz der bedeutenden Mitgliederabnahme von 44034 wird ein gewaltiges Anschwellen der Arbeitslosenzahlen festgestellt. Während im Jahre 1913 insgesamt 69795 Fälle von Arbeitslosigkeit gezählt wurden, waren es im abgelaufenen Jahre beinahe noch einmal soviel, nämlich 69351 Arbeitslosenfälle mehr; insgesamt wurden 139146 Fälle von Arbeitslosigkeit gezählt! Die Zahl der Arbeits-

losigkeit betrug im Jahre 1913 insgesamt 1900343, im Jahre 1914 aber waren es 4286560! Bei 44000 weniger Mitgliedern wurden also 2386217 Arbeitslosentage mehr gezählt. — Gewaltig waren die Geldsummen, die für Unterstützungen an die arbeitslosen Mitglieder aufgebracht wurden. Im Jahre 1913 wurden von den obengenannten graphischen Verbänden an 65721 Arbeitslose am Ort und auf der Reise 2357715 Mk. für Unterstützungen ausgezahlt; im Jahre 1914 aber erhielten 115521 arbeitslose Mitglieder insgesamt die Riesensumme 4552226 Mk.! Es wurde also im vergangenen Jahre trotz des großen Mitgliederrückganges beinahe noch einmal soviel Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt wie 1913, und zwar 2194511 Mk. mehr! — Damit sind aber die Leistungen dieser Verbände noch lange nicht erschöpft, denn fast alle zahlen außer der Arbeitslosenunterstützung auch noch Unterstützung an kranke Mitglieder aus, und es dürfte daher außer der obengenannten Riesensumme noch ein sehr großer Teil der ausgezahlten Krankenunterstützungsgelder auf das Konto der Arbeitslosigkeit zu rechnen sein.

Wenn wir die Leistungen und Mitgliederzahlen der einzelnen Verbände in Betracht ziehen, so ergibt sich folgendes Bild: (Der Übersicht halber fügen wir die Zahlen vom Jahre 1913 in Klammern bei.) Der Deutsche Buchdruckerverband hatte am Ende des Jahres 1914 48000 (69387) Mitglieder und zahlte während des Jahres 1914 an 62563 (40345) Mitglieder 3349014 (1822533) Mark Unterstützung für Arbeitslose am Ort und auf der Reise aus. — Der Buchbinderverband mit 24227 (33489) Mitgliedern zahlte an 27073 (11559) Mitglieder zusammen 564338 (209774) Mark aus. — Im Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe betrug die Mitgliederzahl am Ende des Jahres 1914 11958 (16882) und es wurden im Jahre 1914 an 15709 (8819) Arbeitslose am Ort und auf der Reise 355276 (200185) Mark für Unterstützungen ausgezahlt, worin die lokalen Unterstützungen eingerechnet sind. — Der Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter hatte am Schlusse des vergangenen Jahres 9939 (15997) Mitglieder und zahlte im Jahre 1914 an 6506 (3367) Mitglieder 152696 (94048) Mark Unterstützung aus. — Der Gutenbergbund mit 2397 (3440) Mitgliedern verausgabte an 2250 (858) Personen 97915 (20367) Mark. — Der Xylographenverband zählte am Ende des Jahres 1914 326 (423) Mitglieder; es mußten im vergangenen Jahre 242 (113) arbeitslose Mitglieder mit 16380 (3870) Mk. unterstützt werden. — Der Zentralverband der christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen mit 1577 (2737) Mitgliedern zahlte an 726 (459) Arbeitslose 11108 (6929) Mark aus. — Der Notenstecher-Gehilfenverband mit 338 (441) Mitgliedern hatte im Jahre 1913 nur einen Arbeitslosenfall, für den 9 Mark ausgezahlt wurden; im 1. und 2. Quartal 1914 war kein Mitglied arbeitslos. Durch den Krieg wurden

jedoch die meisten Mitglieder arbeitslos oder deren Arbeitszeit wurden bis auf 4 Stunden täglich herabgesetzt. Im 3. und 4. Quartal 1914 mußten 452 Arbeitslose mit 5499 Mk. unterstützt werden.

Aus diesen Feststellungen ist zu ersehen, daß der Krieg die Gewerkschaften auf eine harte Probe gestellt hat; sind doch deren Statuten nur für Friedenszeiten geschaffen. Bei Ausbruch des Krieges wurden daher infolge der hereinbrechenden großen Arbeitslosigkeit von vielen Gewerkschaften besondere Beschlüsse über die auszuzahlenden Unterstützungen während der Kriegszeit gefaßt. Als Hauptaufgabe wurde hierbei allgemein betrachtet, die Not der durch den Krieg arbeitslos Gewordenen zu lindern. Dieses ist denn auch den deutschen graphischen Gewerkschaften im weitesten Maße gelungen, wie die Riesensummen zeigen, die von den einzelnen Verbänden für die vielen arbeitslosen Mitglieder ausgezahlt wurden.

Rundschau.

Seine Sorge. Im scharfen Gegensatz zu den kleinlichen Beschwerden egoistischer Verbandsverdrossener steht ein Brief, der an die Verwaltung einer großen Mitgliedschaft gerichtet wurde. Es ist ein Brief aus dem Felde. In einfachen, wenig gewandten Worten bittet darin der Kollege, ihm einige Restbeiträge zu stunden und schildert nun, wie es kam, daß er sich nicht einmal abgemeldet habe. Was er uns da aber mitteilt, ist ein ergreifendes Menschensdicksal. Mit dem Ausbruch des Krieges wurde er arbeitslos. Als er dann nach 10 Wochen wieder Arbeit, allerdings nur tageweise, erhielt, wurde er im Januar eingezogen. Zu Hause aber lag seine schwer kranke Frau und er hatte niemand, der sie pflegen konnte. So mußte er sich in den wenigen Stunden bis zum Einrücken auch noch um die Unterbringung seiner Frau in ein Krankenhaus bemühen. Vergeblich! Ohne Aussicht auf Hilfe ging er fort. So blieb er mit Beiträgen im Rückstande und vergaß seine Abmeldung im Verband. 3½ Monate blieb er ohne Nachricht von seiner Frau, dann erfuhr er von ihrer Aufnahme in einem Krankenhaus. Und nun bittet er um Aufrechterhaltung seiner Mitgliedschaft im Verbands. — Die Zusage hat ihn nicht mehr erreicht. Am 18. Mai schrieb er jenen Brief und drei Tage nachher fiel er bei den Kämpfen in Galizien. Auch er war ein Held!

Kattowitz, Oberschlesien. Unser Kassierer und Mitbegründer unserer Zahlstelle, Kollege Franz Christ, begeht am 20. Juni d. J. sein 25jähriges Verbandsjubiläum. Christ erfreut sich im Kreise seiner Kollegen und weit darüber hinaus, eines wohl verdienten Vertrauens. Uneigennützig, wie er immer war, steht er im Dienste unserer Bewegung. Wir jüngeren stehen leider noch unter den Waffen; befindet sich doch mancher unter uns, der infolge der übermäßigen Lehrlingszüchterei wenig gelernt hatte. Christ half ihnen allen, wenn sie zu ihm kamen, auf die Beine und ließ sie nicht in das Lager der Lohndrucker wandern. Dafür sind wir ihm dankbar. Möge er uns noch recht lange helfend zur Seite stehen.

N. K., zur Zeit im Felde.

Geschäftsergebnisse: Die Kunstanstalt Eitzold & Kießling, A.-G., Crimmitschau, kann mit dem Verlauf des letzten Geschäftsjahres recht zufrieden sein. Trotz der üblichen, recht auseinanderlichen Abschreibungen und einer besonderen Kriegsrücklage von 40.000 Mk. kann sie dennoch 12 Proz. Dividende verteilen.

Streiks und Aussperrungen seit Beginn des Krieges. Trotz des Burgfriedens sind seit dem Kriegsbeginn bis Ende März 1915 laut Mit-

teilung des Reichsarbeitsblattes 52 Arbeitskämpfe ausgebrochen und zwar 50 Streiks und 2 Aussperrungen mit 4029 Beteiligten. Diese verteilen sich auf 13 Gewerbegruppen. Der Bergbau steht mit 7 Streiks und 1391 Beteiligten an erster Stelle. Die Metallindustrie folgt als nächste mit 6 Streiks und 1180 Beteiligten, sowie mit einer Aussperrung von der 36 Arbeiter betroffen wurden. Eine Aussperrung mit 62 Arbeitern kam in der Bekleidungsindustrie vor. Vollen Erfolg hatten die Arbeiter bei 11 Streiks, an denen 1651 Arbeiter beteiligt waren, in 12 Fällen mit 668 Beteiligten war teilweise Erfolg und in 29 Fällen, bei denen 1710 Arbeiter beteiligt waren, war kein Erfolg zu verzeichnen. Bei den Kriegstreiks ist der volle Erfolg etwas häufiger auf Seiten der Arbeiter, als im letzten Jahrfünft. Es hatten von den 52 Arbeitskämpfen der Kriegszeit 11 Streiks vollen, 12 Streiks teilweisen Erfolg, während in 29 Fällen kein Erfolg zu verzeichnen war. 26 von den 52 Arbeitskämpfen wurden durch Vergleichsverhandlungen beigelegt. Besonders hervorzuheben ist, daß in einem Falle ein staatlicher Bergbeamter mit einem Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes in diesem Sinne zusammenwirkte. In einem anderen Falle wurde auf Veranlassung des Generalkommandos ein Einigungsaußschuß gebildet. In 10 Streitfällen handelte es sich um Betriebe, die Heeresbedarf fertigten. Die Dauer der Arbeiterkämpfe war wesentlich kürzer als zu anderen Zeiten; durchschnittlich betrug sie 4,77 Tage, auf die streikenden bzw. ausgesperrten Personen kamen nur 4,32 Kampftage, während die durchschnittliche Zahl der Kampftage, auf den einzelnen Streikenden oder Aussperrten berechnet, im letzten Jahrfünft nahezu 28 Tage betrug.

Arbeitsprämien. Die schottische Großeinkaufsgesellschaft hat eine Einrichtung abgeschafft, die von gewissen Sozialpolitikern über Gebühr geschätzt und gepriesen wird: die letzte Generalversammlung beschloß mit 498 gegen 211 Stimmen die Aufhebung des Arbeitsprämien-systems. Das seit 44 Jahren geübte Verfahren war folgendes: Jedem Arbeiter und Angestellten der Großeinkaufsgesellschaft, sei er nun in den Produktions- oder Distributionsabteilungen der letzteren beschäftigt, wird aus dem erzielten Reinüberschuß eine besondere Prämie entrichtet, die im gleichen prozentualen Verhältnis zur Höhe des verdienten Lohnes steht, wie die den Konsumenten zufließende Rückvergütung zum Gesamtbetrage der gemachten Einkäufe. Dieser 'Bonus' wird nur zur Hälfte in bar ausgezahlt; die andere Hälfte wird dem Befriedigten als verzinsliche Einlage in den Anleihefonds der Großeinkaufsgesellschaft gutgeschrieben. Erreicht ein solches Depositem den Betrag von 100 Frank, so kann es in Genossenschaftsanteile umgewandelt werden, und dem Inhaber erwächst dann aus diesem Besitze das Recht der Teilnahme an der Generalversammlung und folglich der Mitwirkung an der Geschäftsleitung. Besonders günstige Erfahrungen hat man offenbar mit dem System, das übrigens auch in Gewerkschaftskreisen keine große Sympathie findet und verdient, nicht gemacht. Auch die ganz vereinzelt Versuche, die man in Deutschland mit ähnlichen Systemen anstellte, sind unseres Wissens nicht so ausgefallen, daß sie zur Nachahmung irgendwie anreizen könnten. Die Angestellten der schottischen Großeinkaufsgesellschaft fordern jetzt, daß der durch die Abschaffung der Prämien entstehende Verdienstaufschlag durch eine entsprechende Lohnerhöhung ausgeglichen werde, die ja jedenfalls gewährt werden wird.

Für die Familien der Kriegsteilnehmer.

Die Verhandlungen des Reichstags über die Verbesserungen der Entschädigungen, die an die Familien der im Kriege gefallenen oder arbeitsunfähig gewordenen Kriegsteilnehmer gezahlt werden sollen, sind jetzt beendet und ihr Ergebnis ist so, daß eine genaue Aufklärung der in Betracht kommenden Familien notwendig erscheint. Leider muß jede Familie, deren Ernährer zum Kriegsdienste eingezogen ist, mit der Möglichkeit rechnen, daß auch sie in die traurige Lage kommt, die Entschädigungen in Anspruch nehmen zu müssen. Daher ist diesen Familien zu raten, die Belegungen über den Anspruch auf die Entschädigungen, wie sie sich jetzt gestalten haben, für alle Fälle sorgfältig aufzuheben.

Eine besondere Schwierigkeit für die Erlangung der jetzt zugestandenen Verbesserungen liegt darin, daß die Militär-Versorgungsgesetze und das Militär-Hinterbliebenengesetz unverändert geblieben sind, also über die Verbesserungen nichts sagen. Ebenso geht aus den Beschlüssen des Reichstages allein — und nur sie werden in der Regel den unteren Behörden bekannt — nicht mit der nötigen Bestimmtheit hervor, was die Familien verlangen können. Maßgebend hierfür sind vielmehr die gesamten Verhandlungen über diese Frage sowohl in dem Reichshaushalts-Ausschuß als auch in der Vollversammlung des Reichstags. Hieraus ergibt sich:

Die Entschädigungen, die nach den Militär-Versorgungsgesetzen und nach dem Militär-Hinterbliebenengesetz zu zahlen sind, stellen nur die unter allen Umständen zu gewährenden Mindest-

leistungen dar. Zu ihnen sind jetzt Verbesserungen gekommen, die sich auf den Kreis der anspruchsberechtigten Personen, auf die Höhe der Leistung und auf das Verfahren beziehen.

Anspruchsberechtigt sind nach dem Militär-Hinterbliebenengesetz die Ehefrau, Kinder, Eltern und Großeltern der im Kriege gefallenen Kriegsteilnehmer. Die unehelichen Kinder und die Pflegekinder können nach dem Gesetze nichts verlangen. Diese Härte soll überall dort beseitigt werden, wo der gefallene Kriegsteilnehmer zum Unterhalt dieser Kinder entweder gesetzlich verpflichtet war oder tatsächlich freiwillig beigetragen hat. In entsprechender Weise sollen für die Hinterbliebenenversorgung den Eltern gleichgestellt werden die Personen, die den gefallenen Kriegsteilnehmer wie ihr Kind erzogen haben und von ihm wie von ihrem Kinde unterstützt worden sind oder unterstützt worden wären.

Die Eltern haben nach dem Militär-Hinterbliebenengesetz nur dann einen Anspruch, wenn ihr Lebensunterhalt von dem Sohne, der ihnen durch den Krieg entrisen worden ist, bereits früher ganz oder überwiegend bestritten wurde. Außerdem sollen jetzt diejenigen Eltern anspruchsberechtigt sein, die sich erst nach dem Tode ihres Sohnes nicht mehr aus eigener Kraft ernähren können und daher der Unterstützung bedürftig geworden sind.

Die Höhe der Unterstützungen richtet sich in erster Linie nach den Militär-Versorgungsgesetzen und dem Militär-Hinterbliebenengesetze. Wenn aber diese Bezüge in keinem Verhältnis zu dem früheren Verdienst des gefallenen oder arbeitsunfähig gewordenen Kriegsteilnehmers stehen, sollen Zuschläge gewährt werden. Die Zuschläge sind so bemessen, daß sie zusammen mit den Bezügen nach den Gesetzen, betragen:

bei der Witwe	etwa 30 - 40 %	des früheren Verdienstes
„ „ Vollweise	20 - 30 %	
„ „ Halbweise	12 - 20 %	
„ den Eltern	20 %	
„ dem ganz arbeitsunfähigen Kriegsteilnehmer	75 %	
„ dem hilflosen Kriegsteilnehmer	100 %	

Jedoch sollen die Zuschläge nur so weit bewilligt werden, daß alle Bezüge für eine Familie zusammen nicht mehr als etwa 2400 Mark oder das Gesamteinkommen der Familie nicht mehr als 5000 Mark jährlich betragen.

Für den teilweise arbeitsunfähigen Kriegsteilnehmer soll die Verdienstmöglichkeit berücksichtigt werden. Nehmen wir an, ein solcher Kriegsteilnehmer soll nach dem Gutachten der Ärzte noch 30 Proz. Arbeitsfähigkeit besitzen. Findet er aber ohne seine Schuld überhaupt keine Arbeit oder nur eine solche, bei der er nicht 30 Prozent des vollen Verdienstes erreichen kann, so soll ihm im ersten Falle die Vollrente, im zweiten Falle die Rente ausgezahlt werden, die seinem Verdienste entspricht.

Das Verfahren ist ganz besonders wichtig für die Erlangung der Mehrleistungen. Den Anspruch hat der Berechtigte bei der Ortspolizeibehörde seines Wohnortes anzumelden. Ob aber hier immer die nötige Kenntnis dessen besteht, was über die Bestimmungen der Militär-Versorgungsgesetze und des Militär-Hinterbliebenengesetzes hinaus verlangt werden kann, ist sehr zweifelhaft. Daher darf sich der Berechtigte nicht durch eine ungünstige Auskunft der Ortspolizeibehörde zurückschrecken lassen, sondern muß darauf bestehen, daß sein Antrag so angenommen wird, wie er ihn stellt, daß also auch die Mehrleistungen verlangt werden. Wird ihm das von der Ortspolizeibehörde verweigert, dann muß er sich bei der vorgesetzten Behörde beschweren.

Sollen die Entschädigungen für uneheliche Kinder oder Pflegekinder gewährt werden, dann muß gleich der genaue Nachweis dafür beigelegt werden, daß die behaupteten Unterstützungen früher erfolgt sind. Eltern, die erst nachträglich unterstützungsbedürftig geworden sind, haben ihre wirtschaftliche Lage zu schildern und dürfen ebenfalls Beweise, die beigebracht werden können, nicht vergessen. Dasselbe gilt für teilweise arbeitsunfähige Kriegsteilnehmer, die eine höhere Rente haben wollen, weil sie nicht so viel verdienen können, wie ihrer Rente entspricht: sie haben ihren Verdienst nachzuweisen. Das wird in der Regel am einfachsten und besten durch einen Lohnauszug des Arbeitgebers geschehen.

Schwieriger wird manchmal der Nachweis in den Fällen sein, in denen der frühere Verdienst eines gefallenen Kriegsteilnehmers in Betracht kommt. Wo es aber irgend möglich ist, muß auch in diesen Fällen der Lohnauszug des Arbeitgebers beschafft werden. War der Verdienst des Gefallenen vor dem Eintritt des Mannes in den Kriegsdienst außergewöhnlich gering, dann ist der Nachweis für die Zeit des regelmäßigen Verdienstes notwendig.

Es kann sich aber auch um einen Gefallenen oder Verletzten handeln, der so jung ist, daß er vor seinem Eintritt in den Kriegsdienst noch gar keinen oder einen ganz geringen Verdienst gehabt hat. Für ihn muß der Verdienst nachgewiesen werden, den der junge Mann nach seiner vollständigen Ausbildung erlangt hätte. Für Geschäftsleute, Bauern usw. werden die Steuern des Kriegsteilnehmers einen Anhalt zur Schätzung des früheren

Arbeitsverdienstes bieten; daher wird der Steuerzettel dem Antrage beizulegen sein.

Die ärztlichen Gutachten werden für teilweise Arbeitsunfähige sehr wichtig sein. Hält ein Verletzter die ihm bewilligte Rente für zu gering und glaubt er, daß ein anderer Arzt seines Bezirks ein günstigeres Urteil abgeben kann, so soll der Berechtigte ausdrücklich beantragen, daß von diesem Arzte ein Gutachten eingeholt werde. Dies Gutachten wird ihn darüber beruhigen, daß er in der Tat die ihm zustehende Rente erhalten hat.

Nach den Verhandlungen im Reichstage ist anzunehmen, daß die hier angeführten Verbesserungen der Entschädigungen gewährt werden, wenn nur der richtige Weg dazu eingeschlagen worden ist. Wo daher die Bemühungen nicht den erwarteten Erfolg gehabt haben, ist zu vermuten, daß ein Fehler vorgekommen ist. Daher wird es gut sein, wenn sich dann die Beteiligten an ein Arbeitersekretariat wenden. Überhaupt werden ihnen die Arbeitersekretariate in derartigen Angelegenheiten wertvolle Hilfe leisten können. g. h.

Einschränkung der Lohnbeschlagnahme.

Der Bundesrat hat am 17. Mai eine Verordnung über die Einschränkung der Pfändbarkeit von Lohn-, Gehalts- und ähnlichen Ansprüchen erlassen. Die Verordnung bestimmt, daß an die Stelle der für die Pfändbarkeit bisher maßgebenden Summe von 1500 Mk. auf weiteres die Summe von 2000 Mk. tritt. Dies hat zur Folge, daß in gleicher Weise die Aufrechnung gegenüber Lohnforderungen sowie die Abtretung und Verpfändung solcher Ansprüche beschränkt ist. Damit der erstrebte Zweck in vollem Umfang erreicht werde, ist der Verordnung insofern rückwirkende Kraft beigelegt worden, als von dem Inkrafttreten vorgenommene Zwangsvollstreckung, Aufrechnung, Abtretung oder Verpfändung hinsichtlich später fällig werdender Bezüge ihre Wirksamkeit verliert, soweit sie bei Anwendung der Verordnung unzulässig sein würde.

Diese Verordnung, deren Wortlaut noch nicht veröffentlicht ist, liegt in der Richtung der von uns stets vertretenen Auffassung, daß die Grenze der Unpfändbarkeit mit 1500 Mk. bei weitem zu niedrig angesetzt ist. Das Lohnbeschlagnahmegesetz von 1869 hatte als Unpfändbarkeitsgrenze 1200 Mk. genommen. Durch Gesetz vom 17. Mai 1898 wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1900 ab die Grenze auf 1500 Mk. erhöht. Die erhebliche Steigerung der Unterhaltsmittel veranlaßte in den letzten Jahren wiederholt Anträge auf Heraufsetzung der Unpfändbarkeitsgrenze auf 2500 Mk. Die Teuerung während des Krieges zeitigte den von der sozialdemokratischen Fraktion in einem Antrag gebrachten Wunsch, die Grenze bis zu 3000 Mk. zu erstrecken. Geht auch die durch diesen Antrag mit angeregte Bundesratsverordnung nicht so weit und beschränkt sie sich infolge des Verordnungsweges nur auf die Dauer des Kriegszustandes, so läßt sich doch anerkennen, daß die Verordnung mancherlei Härten zu beseitigen geeignet ist. Hoffentlich wird auch der Kreis der unpfändbaren Gegenstände bald durch Gesetz oder Verordnung ausgedehnt, damit unsere heimkehrenden Krieger nicht durch Schulden für Miete und Abzahlungsgegenstände um ihr bloßes Habe gebracht werden. *Vorwärts.*

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Ortsberichte.

Leipzig. (Allgemeine Versammlung.) Die Versammlung am 11. Juni hätte trotz dem Kriege und der dadurch bedingten wirtschaftlichen Verhältnisse mehr Beachtung unter den Kollegen verdient. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der gefallenen Kollegen, Steindruck: Wenzel, Nicklitzsch; Lithographen: Diebrich, Illmer; Chemigraphen: Leonhard und Seliger und der verstorbenen Kollegen, Steindruck: Wunderlich und Lithograph: Angelmi ehrend gedacht. Der Bericht des Kollegen Herbst über den Stand der Mitgliedschaft bot durch sein reiches Zahlenmaterial auch den Mißvergnügten und Angstmeiern hinreichend Gelegenheit, darüber nachzudenken, wohin sie mit ihrem kurzzeitigen Egoismus gekommen wären, wenn nicht auf der anderen Seite genügend aufrechte und gewerkschaftlich denkende Kollegen gestanden hätten. Dank der letzteren, die in kritischer Zeit dem Verband eine feste Stütze blieben, kann heute getrost behauptet werden, daß die Mitgliedschaft Leipzig, die Wirrnisse des Weltkrieges, geschwächt zwar an Mitgliedern durch die Einziehungen, aber ungebrochen mit altem Kampfesmut, überdauern wird. Die Kollegen im Felde, deren Zahl bis jetzt 1117 beträgt, werden uns später Dank dafür wissen, wenn Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis scharf zurück gewiesen werden. Das Zwei-Maschinensystem rückt in greifbare Nähe und schon der Versuch, es zur Einführung zu bringen, muß scharf zurück gewiesen werden. Die Versammlung war sich darüber einig, daß jeder Kollege dem Ausschuß verfallen ist,

der sich bereit findet, als Rückendeckung dieser Profitjagd zu dienen. Der Ortsvorstand wurde aber auch gleichzeitig beauftragt, bei der nächsten Halbjahreskontrolle kräftig durchzugreifen und eine reinliche Scheidung der böswilligen Restanten vorzunehmen. Befriedigung erweckt es, daß der Verband langsam, aber sicher wieder dazu übergeht, die statutenmäßigen Verpflichtungen zur Einführung zu bringen und so den Kollegen durch die Tat beweist, wie die Interessen gewahrt werden können, wenn alle Mitglieder ihre Pflicht erfüllen. — Zum 2. Punkt, Abredung, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Unter Punkt 3 wurde beschlossen, die bisher gezahlte lokale Krankenunterstützung auch fernerhin zu gewähren. Mit der Aufforderung, allzeit auf dem Posten zu sein und auch fernerhin die Verwaltung tatkräftig zu unterstützen, fand die Versammlung ihr Ende. *l. f.*

Saalfeld a. S. Die Schwarz-Weiß-Ausstellung hatte leider nicht den Besuch, den sie ihres Inhaltes wegen verdiente. Selten werden die jetzt auf einer fast wunderbaren Stufe der Vollkommenheit stehenden Reproduktionsverfahren in einer Kleinstadt so zusammen gezeigt werden, wie in dieser für uns großen Ausstellung, welche durch die technische Zentrale in Leipzig noch unterstützt wurde. Auch hatte der Kollege Schamberger die neuesten Kriegspostkarten direkt aus dem Schützen-graben gesandt. Alles in allem, es war nach Urteilen sachverständiger Besucher eine wohlgeungene Ausstellung, die aber zugleich den alten Spruch vom »Propheten im Vaterlande« wieder glänzend bestätigte. Den helfenden Kollegen, welche diese schöne Ausstellung durch ihre Mitwirkung unterstützten, sei auch an dieser Stelle der herzlichste Dank ausgesprochen. *Die Ortsverwaltung.*

dargelegt und gezeigt, daß sie für die bürgerliche Gesellschaft selbst immer mehr eine Gefahr und ein Hindernis weiteren Fortschreitens wird. Die Überlegenheit der sozialistischen über die imperialistische Politik schon für die Gegenwart und die nächste Zukunft ist das nächste Endergebnis der Schrift. Die Darstellung ist einfach und leicht verständlich.

Der Arbeiterschutz in Deutschland. Von Robert Schmidt, Mitglied des Reichstags. Mit 21 Abbildungen. Berlin, Verlag der Sozialistischen Monatshefte. Preis 1,20 Mk.

Die soziale Gesetzgebung der verschiedenen Länder schlägt verschiedene Wege zur Erfüllung ihrer Aufgaben ein. Um entscheiden zu können, wo die Lösung ihrer Probleme am besten gelungen ist; bedarf es einer genauen Kenntnis aller einschlägigen Bestimmungen. So wurde, besonders auch im Ausland, oft der Wunsch nach einer zusammenfassenden Darstellung des Arbeiterschutzes in Deutschland geäußert. Dem verdankt diese Schrift ihre Entstehung. Was sie geben will, ist weder ein geschichtlicher Rückblick über die Entwicklung des Arbeiterschutzes noch eine Erörterung theoretischer Fragen, sondern nur eine knappe Übersicht über die hauptsächlichsten Bestimmungen des geltenden Rechts sowie einige kritische Betrachtungen. Nicht auf die Einzelheiten kommt es dem Verfasser dabei an, vielmehr nur darauf, die wichtigsten Gesetze in ihrem Inhalt und ihrer praktischen Handhabung denen zum Verständnis zu bringen, die der Materie fremd gegenüberstehen. Der erste Abschnitt behandelt den Schutz der Kinder, der Jugendlichen, der Arbeiterinnen, ferner die Rechtsverhältnisse, die Unfallverhütung und die Kontrolle der Betriebe; der zweite das umfassende Gebiet der Arbeiterversicherung, deren Leistungen, Geltungsbereich und Verwaltungsformen. Die beigegebenen Aufnahmen einer Anzahl Heilanstalten und praktischer Arbeiterschutzeinrichtungen sollen diesen kurzen Führer durch die sozialpolitische Gesetzgebung Deutschlands ergänzen und die Darstellung veranschaulichen.

»Kriegsführung — Heer — Flotte.« Militärische Fachausdrücke gemeinverständlich erläutert von Ernst Däumig. In einer Zeit, in der die kriegsereignisreichen Vorgänge und Fragen des Heerwesens im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen, kann man sich nur dann ein richtiges Bild von den auf- und niederwogenden Zeitereignissen und der wildbewegten Handlung auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen machen, wenn man die Bedeutung der Worte, die in der militärischen Organisation sowie in der Kriegswissenschaft gebräuchlich sind, richtig erfaßt hat. Daher sollte jeder diesen wichtigen kleinen Ratgeber besitzen. Auch die Soldaten im Felde werden ihn sehr begrüßen. Der Preis dieses Heftes beträgt nur 10 Pfg. Alle Volksbuchhandlungen halten das Büchlein vorrätig.

Adressen-Änderungen.

- 1. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunftserteiler (siehe Graphische Presse Nr. 21). *Berlin-Chemigr.:* Gustav Michels, im Verbandsbureau SO 16, Engelhof 15 III, Zimmer 67 (Gewerkschaftshaus).
 - Danzig:* Hermann Becker, Baumgartschegasse 12, I.
 - Ebersbad i. Sadisen:* Max Elmer, Grenzstr. 854 b.
 - Grimma i. S.:* Otto Hessel, Nerchau i. S., Bahnhofstr. 11, I.
 - Hannover:* Wilhelm Meinecke, Gr. Wallstr. 10, II.
 - Lüneburg:* Franz Florentz, Eisenbahnweg 6, I.
 - Mannheim:* Lithogr. und Steindr.: Otto Fränkel, Kobellstr. 15.
 - Offenbach a. M.:* Karl Neidl, Eisenbahnstr. 66, I.
 - Schlettau i. Erzgeb.:* Gustav Gärtner, Elterleinerstr. 214.
 - Selb i. Bayern:* Paul Krumpolz, Rehau i. Oberfr., Sattelberg 471.
 - Waldkirch i. Baden:* Fritz Siefert, Elzstr. 10.
 - Wurzen i. S.:* Leopold Paß, Körnerstr. 7, ptr.
- Gau-Vorstände:*
Gau XI, München: Oskar Dürr, München, Hübnerstr. 13, IV.

Opfer des Krieges.

- Tote:**
- Kollege **Gustav Pelkner**, Steindrucker aus Frankfurt a. M., geb. am 17. Oktober 1889, Mitglied des Verbandes seit 1912, fand seinen Tod am 24. August bei Malton in Frankreich.
 - Kollege **Philipp Schell**, Steindrucker aus Frankfurt a. M., geb. am 7. August 1890, Mitglied seit 1908, ist am 6. September bei den Kämpfen in Nordfrankreich gefallen.
 - Kollege **Hermann Georgi**, Steindrucker, zuletzt in Mannheim, geb. am 26. Januar 1879 in Leipzig-Reudnitz, Mitglied seit 1914, fand Ende Oktober in den Kämpfen bei Brügge in Belgien seinen Tod.
 - Kollege **Louis Rübnsamen**, Steindrucker, zuletzt in Berlin, geb. am 13. August 1888 in Lüneburg, Mitglied seit 1907, fiel am 10. Februar in den Kämpfen bei Ypern in Belgien.
 - Kollege **Paul Rübnsamen**, Formstecher, zuletzt in Hannover, geb. am 17. März 1891 in Lüneburg, Mitglied seit 1909, ist am 28. Februar in den Gefechten bei Perthes in Frankreich gefallen.
 - Kollege **Paul Loose**, Steindrucker aus Chemnitz, geb. am 28. Januar 1891, Mitglied seit 1910, fand seinen Tod am 25. Oktober im Gefecht bei Moorslede in Belgien.
 - Kollege **Fritz Gulich**, Lithograph, zuletzt in Chemnitz, geb. am 25. August 1893 in Waltersdorf, Mitglied seit 1912, fiel am 25. April auf dem Schlachtfelde bei Ypern in Belgien.
 - Kollege **Arthur Franz**, Zinkograph aus Chemnitz, geb. am 27. Juni 1887, Mitglied seit 1905, fand seinen Tod am 4. Mai in den Kämpfen bei Ypern in Belgien.
 - Kollege **Karl Ohlendorf**, Steindrucker aus Braunschweig, geb. am 16. Oktober 1882, Mitglied seit 1901, wurde bei den Kämpfen in Nordfrankreich am 21. Mai schwer verwundet und ist im Feldlazarett am 22. Mai gestorben.
 - Kollege **Walter Nicklitzsch**, Steindrucker aus Leipzig, geb. am 25. Juni 1894, Mitglied seit 1914, fiel am 22. Mai bei den Kämpfen in Rußland.
 - Kollege **Hugo Illmer**, Lithograph aus Leipzig, geb. am 13. Januar 1885, Mitglied seit 1904, wurde bei den Kämpfen in den Karpaten schwer verwundet und starb am 29. Mai im Hospital in Miskolcz.
 - Kollege **Oskar Sommer**, Lithograph, zuletzt in Reichenbach, geb. am 29. September 1894 in Cottbus, Mitglied seit 1913, fand seinen Tod am 29. Mai in den Gefechten bei Reims in Frankreich.

Ehre ihrem Andenken!

Verwundete.

- Kollege **Friedrich Leonhardi**, Steindrucker aus Frankfurt a. M., geb. am 21. Oktober 1887, Mitglied des Verbandes seit 1911, ist am 14. Oktober bei Dixmuiden schwer verwundet worden und befindet sich jetzt in einem Lazarett in Frankfurt a. M.
- Kollege **Karl Brahmann**, Lithograph aus Herford, geb. am 30. September 1885, Mitglied seit 1904, wurde am 16. Februar in der Masurenschlacht schwer verwundet und liegt jetzt im Lazarett zu Burg bei Magdeburg.

Feuilleton.

Vom Bücnertisch.

Dietzen-Brevier für Naturmonisten, herausgegeben und bevorwortet von Eugen Dietzen (430 Seiten; ganzledegebunden; Preis Mk. 4) Das »Dietzen-Brevier für Naturmonisten«, das die prinzipielle und angewandte Erkenntnislehre Josef Dietzens in ihren Kernsätzen wiedergibt, zerfällt in folgende Abschnitte: I. Prinzipielle Erkenntnislehre. A. Das Relative aller Erkenntnis; a) Natur und Methode des Denkens, b) Wesen der Dinge, c) Wahre und irrige Erkenntnis, d) Ursache und Wirkung. B. Erkenntnis des Absoluten ist Grundbedingung der Logik; 1. Die absolute Wahrheit, b) Der Universalbegriff, II. Angewandte Erkenntnislehre; e) Geist und Materie, f) Kraft und Stoff, g) Das wahrhaft Vernünftige, h) Das moralisch Rechte, i) Das moralisch Heilige, k) Die Grenzen der Erkenntnis. C. Lebenskunst, D. Logischer Sozialismus, E. Religiöse und wissenschaftliche Weltanschauung, F. Erkenntnis-kritischer Naturmonismus.

Ein ausführliches Sachregister von 14 Seiten erleichtert dem Leser die Orientierung über die vom Autor behandelten Materien und Einzeldinge, indem es gleichzeitig bei allen Stichworten die wichtigsten Dietzengischen Aussprüche unter Angabe der Seitenzahl des Breviers zitiert. Dem Brevier voran geht ein Vorwort von Eugen Dietzen: »Dietzen und Kant« Seite 1—49, »Dietzen und Marx« Seite 49—83; der erste Teil widerlegt Kants Dualismus, der zweite kritisiert und bekämpft die bisherige Taktik der orthodoxen Marxisten — beides auf Grund der Josef Dietzengischen Kategorie des »Universalzusammenhangs« (Zusammenhang aller Dinge im Universum). Hierdurch wird das Buch ein eminent aktuelles, auch in der gegenwärtigen Kriegsperiode, in der sich die Politiker aller Parteien mit der zukünftigen Haltung der deutschen Sozialdemokratie bereits beschäftigten.

Karl Kautsky. Nationalstaat, Imperialistischer Staat und Staatenbund. 80 Seiten 8^o Broschiert. Preis 50 Pfg. Nürnberg, Fränkische Verlagsanstalt & Buchdruckerei G. m. b. H. 1915.

Das vorliegende Schriften skizziert die auswärtige Politik der Sozialdemokratie, die sich aus ihren Grundsätzen und Zielen ebenso wie aus den gegebenen historischen Bedingungen und ökonomischen Bedürfnissen ergibt. Ihr wird die auswärtige Politik des Imperialismus gegenübergestellt, es werden ihre Ursachen und ihre Ziele

Stellenangebote

Steindruck-Maschinenmeister für Zigarrenpackungen bei hohem Lohne gesucht.
A. S. Herzing, G. m. b. H.
 Klein-Steinheim a. M.

Erstklassiger Maschinen-Retusch. gesucht. Offerte mit Mustern und Zeugnisabschriften an **A. Krampolek, k. und k. Hof-Photochemigraph, Wien, IV., Viktorgasse 14.**

Verschiedenes

Graphische Fachklassen
 Buchdruck, Satz, Lithographie, Steindruck, Photomechanische Verfahren, Entwurf und Wekstatt-Ausbildung, Prospekt-frei. Kunstgewerbeschule **Barmen**

Roulett, Fadenstichel Fräser u.s.w. in bester Ausführung fert. an **Carl Neumann, vormals G. König Berlin SO, Manteuffelstr. 31.**

„Radium-Reiber“

Deutsches Reichspatent No. 269 755 zum Wiederherstellen von Lithographien und Umdrucken, gleichwie auf welche Art dieselben gelitten. Stets hilft ein überstreichen m. d. „Radium-Reiber“, welcher für ca. 200 Fälle genügt. Entsäuren, Nachmachen usw. fällt gänzlich weg. — Preis per Stück 15,— Mk. — **Farblose**

„Radium-Pasta“

der Farbe zugesetzt, verhindert das Reißen bei Merkantil-, Zeichen-, Raster-, Schriftplatten usw. — Preis per Kg. 5,— Mk. — **F. Hantke, Hamburg 22, Heinskamp 6.**

Wischwalzen-Schläuche

ohne Naht für Steindruck-Schnell-Pressen liefert **Edm. Behnisch, Ludenwalde** Vertreter an allen größeren Plätzen. la Zeugnisse.

Fachliteratur.

Der praktische Umdrucker Von Bernhard Enders umfaßt das Gesamtgebiet des Umdruckes. Preis inkl. Porto **Conrad Müller, Schkeuditz.** Zu beziehen durch:

Kassenbericht über das IV. Quartal 1914.

Am Beginn des 4. Quartals 1914 zählte der Verband 12541 Mitglieder. Eingetreten sind im Laufe des Quartals 26 mit und 59 ohne Eintrittsgeld, vom Militär zurück sind 54 und zugereist sind 330 Mitglieder.

Der Abgang verteilt sich wie folgt: freiwillig ausgetreten sind 65, ausgeschlossen wegen Beitragsreste usw. 447, **zum Militär gekommen 1076**, gestorben 30 und abgereist sind 364 Mitglieder.

Am Schlusse des Quartals waren demnach 11028 Mitglieder zu verzeichnen, wovon 10311 als Vollmitglieder einen Beitrag von 1,30 Mk. zahlen, 496 zahlen 1,00 Mk., 116 zahlen gemäß § 10 Absatz 2b wöchentlich 80 Pfg., der Krankenkasse allein mit einem Beitrag von 45 Pfg. gehören 43 Mitglieder an, während 49 einen wöchentlichen Beitrag von 40 Pfg. für die Invalidenkasse und reserviertes Sterbegeld zahlen. Ferner befinden sich im obigen Mitgliederbestand auch 13 weibliche Mitglieder mit einem Beitrag von 0,60 Pfg. wöchentlich.

Wieder ist in diesem Quartal eine große Zahl Mitglieder zum Militär eingezogen worden, so daß wir am Schlusse des Quartals mit den anderen Abgängen 1513 Mitglieder weniger zu verzeichnen haben. Bis zum Schlusse des 4. Quartals sind in Summa 4949 zum Militär eingezogen, während wir heute schon mit 6934 rechnen können.

Mitglieder der Lehrlingsabteilung waren am Beginn des 4. Quartals 2096 vorhanden. Dem Zugang von 39 steht ein Abgang von 210 gegenüber, so daß am Schlusse des Quartals 1925 Lehrlingsmitglieder zu verzeichnen waren. Unter dem Abgang befinden sich 42, welche ausgelernt haben und in den Verband übergetreten sind. Auch sind von den Lehrlingen im 4. Quartal **14 zum Militär** eingerechnet.

Zu den 327 Invaliden sind 3 hinzugekommen. Verstorben sind 4 und 1 Invalide ist wieder arbeitsfähig geworden, so daß am Schlusse des Quartals 325 Invaliden vorhanden waren.

Der Bestand der Witwen betrug am Anfang des Quartals 375. Hinzugekommen sind 6, verstorben sind 3. Am Schlusse des Quartals waren demnach 378 Witwen vorhanden.

Arbeitslos waren am Ende des Quartals 1596 und krank 102 Mitglieder. **Neue Erkrankungen** entstanden im Quartal 234. **Vom Beitrag befreit** waren während des Quartals insgesamt 5188 Mitglieder mit 32800 Wochen; und zwar wegen Arbeitslosigkeit 4744 Mitglieder mit 30349 Wochen, wegen militärischen Übungen 3 Mitglieder mit 14 Wochen und wegen Krankheit 441 Mitglieder mit 2437 Wochen.

Der Bestand der Mitgliedschaften, welche im 4. Quartal mit der Hauptkasse abgerechnet, betrug 154. Die Mitgliedschaften Glauchau, Hof-Göhlenau und Meinigen haben sich wegen Mangel an Mitgliedern, veranlaßt durch die Kriegszeit, aufgelöst.

Die Einnahmen in diesem Quartal betrugen 97703,45 Mk. (gegen 147040,95 Mk. im 3. Quartal), darunter sonstige Einnahmen in der Hauptkasse 4465,89 Mk. und 518,61 Mk. in den Mitgliedschaften. Die sonstigen Einnahmen in der Hauptkasse sind: für Zinsen 3873,47 Mk., für Abonnements und Inserate der Graphischen Presse 165,52 Mk., für Weihnachtssteuer von Einzelmitgliedern 112,40 Mk., Senefelderbücher 81,10 Mk., Mitgliedsbüchertaschen 213,65 Mk. und 19,75 Mk. für Protokolle der Stuttgarter Generalversammlung. Die sonstigen Einnahmen in den Mitglied-

schaften bestehen in Extrasteuern, Mitgliedsbüchertaschen usw.

Die Ausgaben betrugen 116205,73 Mk. gegen 260727,12 Mk. im 3. Quartal, darunter für sonstige Ausgaben in der Hauptkasse 4403,37 Mk., welche weiter unten spezialisiert sind. Auch die sächlichen Verwaltungskosten, sowie die Ausgaben für die Gau- und Zentralkommissionen sind unten näher angeführt. Die persönlichen Verwaltungskosten bestehen in Gehältern der Angestellten und Hilfsarbeiter im Hauptvorstand, sowie der Orts- und Gauangestellten, für Entschädigungen und Sitzungen des Hauptvorstandes, des Zentralausschusses und der Revisoren. Unter den sonstigen Ausgaben in den Mitgliedschaften befinden sich 2069,97 Mk. für Kartellbeiträge, 27,50 Mk. für Agitation, 89,95 Mk. für die Lehrlingsabteilung, 33,65 Mk. für Bildungszwecke und 63,90 Mk. Sonstiges.

Für Krankenunterstützung sind in diesem Quartal 1790,40 Mk., (3. Quartal 26552,— Mk.), **für Notstandsunterstützung** 73636,77 Mk., (3. Quartal 156081,99 Mk.) ausgegeben.

Der Kassenbestand (inkl. Bestand in den Mitgliedschaften von 37457,46 Mk., welcher als Voranschuß zurückbehalten ist) betrug am Schlusse des Quartals, am 2. Januar 1915, 162669,37 Mk.

Die Erledigung der Geschäfte des Hauptvorstandes mit den Ortsvorständen, Einzelmitgliedern usw. brachte einen Eingang von 3386 diversen Postsendungen und erforderte die Abfertigung von 4805 Briefen, Karten, Drucksachen und Paketen. Außerdem waren in diesem Quartal 359 Geldsendungen nötig, welche als Voranschuß an die Mitgliedschaften durch unsere Bank übermittelt wurden.

Der Hauptvorstand.

Übersicht über die Gesamt-Einnahmen und Gesamt-Ausgaben im IV. Quartal

Einnahmen:			(4. Oktober 1914 — 2. Januar 1915.)			Ausgaben:		
	Mk.	Pf.		Mk.	Pf.		Mk.	Pf.
Für 26 Eintrittsgelder à 1,30 Mk.	33	80	Für Rechtsschutz	90	50	Für Pension des Kollegen Dietrich	189	25
" 65517 Wochenbeiträge à 1,30 "	85172	10	" Umzugskosten	145	51	" gezahlte Zinsen	4214	12
" 4664 " " " " " " " " " " " "	4664	—	" Reiseunterstützung	—	75			
" 1029 " " " " " " " " " " " "	823	20	" Arbeitslosenunterstützung	73636	77			
" 395 " " " " " " " " " " " "	177	75	" Unterstützung bei militär. Übungen	8	75			
" 450 " " " " " " " " " " " "	180	—	" Krankenunterstützung für Gehilfen	1775	40			
" 101 " " " " " " " " " " " "	60	60	" " " " " " " " " " " "	15	—			
" 16071 " " " " " " " " " " " "	1607	10	" Invalidenunterstützung	4627	80			
" Portiersatz	—	40	" Witwenunterstützung	2534	25			
" sonstige Einnahmen in den Mitgliedschaften	518	61	" Sterbegelder für Mitglieder	1150	—			
" " " " " " " " " " " "	4465	89	" " " " " " " " " " " "	275	—			
Summa:	97703	45	" " " " " " " " " " " "	25	—			
Kassenbestand vom 3. Quartal 1914 in den Mitgliedschaften	43289	59	" " " " " " " " " " " "	6736	34			
" " " " " " " " " " " "	137882	06	" Honorar in den Mitgliedschaften (3 Proz. der Beiträge)	2100	87			
Summa:	278875	10	" sonstige Ausgaben in den Mitgliedschaften	2284	97			
			" die Gau- und Zentralkommissionen	3215	14			
			" Verwaltungskosten in der Hauptkasse a. persönliche	6564	—			
			" " " " " " " " " " " "	3335	01			
			" " " " " " " " " " " "	4403	37			
			" " " " " " " " " " " "	2725	10			
			" " " " " " " " " " " "	189	90			
			" " " " " " " " " " " "	366	30			
			Summa:	116205	73			
			Kassenbestand am Schluß des 4. Quart. 1914 in den Mitgliedschaften	37457	46			
			" " " " " " " " " " " "	125211	91			
			Summa:	278875	10			

* Gau- und Zentralkommissionen:

	Mk.	Pf.
Für den Gau Cöln (Zuschuß)	30	—
" die Zentr.-Kommiss. d. Chemigraphen	97	45
" das Tarifamt der Chemigraphen 1914	3000	—
" die Zentr.-Kommiss. d. Lichtdrucker	31	70
" " " " " Photographen	47	95
" " " " " technische Zentrale	8	04
Summa:	3215	14

** Sächliche Verwaltungskosten:

	Mk.	Pf.
Für Büromiete, Reinigung usw.	896	90
" Drucksachen	643	25
" Broschüren	30	—
" Ausgaben Zentralausschuß	5	84
" Versicherungsbeiträge	1109	10
" Porto	515	97
" sonstiges Material	133	95
Summa:	3335	01

*** Sonstige Ausgaben in der Hauptkasse:

	Mk.	Pf.
Für Pension des Kollegen Dietrich	189	25
" gezahlte Zinsen	4214	12
Summa:	4403	37

Berlin, den 5. Juni 1915.

Wilh. Brall, Hauptkassierer.

Die Revisoren:

Für den Hauptvorstand:
Otto Sillier. Paul Lange.

Paul Magel, Treptow bei Berlin,
Baumschulenstraße 67.

Rich. Arndt.

G. Schönwald.